





Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

12 EURO MINDESTENS! *AFA FORDERT ERHÖHUNG DES MINDESTLOHNS*

Zum 1. Januar 2015 wurde der allgemeine gesetzliche Mindestlohn in Deutschland eingeführt. Damals lag er bei 8,50 Euro, zum 1.1.2021 stieg er auf 9,50 Euro brutto pro Zeitstunde.

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns war ein gemeinsamer Erfolg von SPD und Gewerkschaften. Sie war nötig, um die sinkende Tarifbindung und damit die Abkopplung der untersten Einkommen von der allgemeinen Lohnentwicklung zu stoppen. Stundenlöhne von 5 Euro und darunter waren vorher keine Seltenheit, und vier Millionen Beschäftigte hatten mit der Einführung des Mindestlohns sofort mehr Geld im Portemonnaie - zum Teil bis zu 20 Prozent.

Trotz mehrerer Erhöhungen ist der Mindestlohn nach wie vor nicht auf einem existenzsichernden Niveau. Deshalb fordert die AfA NRW, den Mindestlohn zügig auf 12 Euro brutto je Zeitstunde zu erhöhen. Zukünftig dürfen keinerlei Entgeltbestandteile auf die Zahlung des Mindestlohns angerechnet werden. Nur so kann der gesetzliche Mindestlohn vor Armut schützen, auch im Alter. Außerdem müssen die im Gesetz festgelegten Ausnahmen für Langzeitarbeitslose, Jugendliche unter 18 und freiwillige Praktika während der Ausbildung bzw. des Studiums abgeschafft werden.

Um dem millionenfachen Mindestlohnbetrug schlagkräftig entgegenzutreten, sind eine Reihe von Maßnahmen nötig:

- deutlich mehr Kontrollen,
- bessere Koordinierung der Kontrollen, z.B. bei Arbeitszeit und Arbeitsschutz,
- Ausweitung der Pflichten zur Aufzeichnung der Arbeitszeiten,
- drastische Erhöhung der Strafen für kriminelle Arbeitgeber*innen,
- bessere Information der Beschäftigten über die aktuelle Höhe des Mindestlohns.

Angemessene Löhne auch in Europa!

Angemessene Mindestlöhne für alle Beschäftigten in Europa sind das Ziel, das die Europäische Kommission mit einem Ende 2020 vorgestellten Richtlinienentwurf verfolgt. Um ein menschenwürdiges Einkommen zu ermöglichen, müssen die Mindestlöhne in nahezu allen EU-Mitgliedsländern erheblich steigen – ein mittelfristiges Vorhaben, welches nach Berechnungen der Kommission deutlich positive

April 2021:

Vizekanzler Olaf Scholz hat mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (ebenfalls SPD) am 7. März 2021 in einem gemeinsamen Eckpunktepapier angekündigt, den gesetzlichen Mindestlohn bis 2022 auf 12 Euro anheben zu wollen. Außerdem sieht das Eckpunktepapier ein Bundestariftreuegesetz vor. "Das heißt ganz konkret, dass wir für Bund, Länder und Kommunen wollen, dass öffentliche Aufträge nur dann erteilt werden, wenn Tarife bezahlt werden", so Heil.

Heil zufolge will die SPD zudem durchsetzen, dass Zuschläge etwa für Nachtarbeit oder besonders schmutzige Arbeit auf den Mindestlohn nicht mehr angerechnet werden dürfen.

Die AfA NRW wird diesiese Forderung aktiv unterstützen.

Anja Butschkau, MdL, Vorsitzende AfA NRW







Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der NRWSPD Vorsitzende: Anja Butschkau Werdener Straße 4, 40227 Düsseldorf



soziale Auswirkungen hätte. So würden mehr als 25 Mio. Beschäftigte in Europa davon profitieren, wenn die gesetzlichen Mindestlöhne auf 60% des Medianlohns bzw. 50% des Durchschnittslohns angehoben werden würden. Allein in Deutschland, wo 60% des Medians einem Mindestlohn von rund 12€ entsprechen, gäbe es gut 6,8 Mio. Begünstigte.

12 Argumente für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 12 Euro!

- 1. Wer (in Vollzeit) arbeitet, muss in einem wohlhabenden Land wie Deutschland davon auch gut leben können!
- 2. Der aktuelle Mindestlohn reicht zum Leben nicht: für Kosten für den allgemeinen Lebensunterhalt, Wohnen, Kleidung, Strom, Versicherung und angemessene gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe.
- 3. Um ein Rentenniveau oberhalb der Grundsicherung zu garantieren, bedarf es eines deutlichen Zuschlages beim Mindestlohn (eigentlich 12,63 Euro).
- 4. Eine angemessene Entlohnung ist auch eine Frage der Würde und der Wertschätzung von Arbeit.
- 5. Der Konsumeinbruch, der mit der Corona-Krise einherging, muss mit eine Mindestlohnerhöhung beantwortet werden. Dadurch kann die Kaufkraft unterer Einkommensgruppen, die eine höhere Konsumneigung haben, gestärkt werden. Die daraus folgenden zusätzlichen Aufträge ermöglicht es den Unternehmen, die Krise zu bewältigen und sichert Arbeitsplätze.
- 6. In der aktuellen internationalen politischen Lage macht sich eine Wirtschaft, die vornehmlich auf internationale Nachfrage und entsprechende Exporte setzt, angreifbar und verletzlich. Auch dahingehend braucht es eine Stärkung der Binnennachfrage durch einen höheren Mindestlohn.
- 7. Ein erhöhter Mindestlohn stellt den Anschluss an das allgemeine Lohngefüge wieder her und verringert die Diskrepanz zwischen Niedriglohnsektor und regulärer Beschäftigung. Durch einen höheren Mindestlohn werden Einkommen in unteren Einkommensklassen erhöht und die Einkommensverteilung verbessert.
- 8. Der Kaitz-Index (Wert des Mindestlohns zum durchschnittlichen Einkommen) liegt in Deutschland bei rund 48 % (Stand: 2017), auch da ist also noch Luft nach oben.
- 9. Ein angemessener Mindestlohn schützt vor Dumping-Preisen und schafft gleiche Wettbewerbsbedingungen.
- 10. Ein erhöhter Mindestlohnsatz fördert reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und den Abbau geringfügiger Beschäftigung.
- 11. Ein höherer Mindestlohn führt auch zu einer Entlastung der Sozialausgaben.
- 12. Höhere Löhne führen zu erhöhter Produktivität.

Mindestlohn: Deutschland hat Nachholbedarf Der gesetzliche Mindestlohn pro Stunde So hoch ist der Mindestlohn So viele Menschen würden profitieren, wenn die beträgt in ... gemessen am mittleren Lohn in ... Mindesstlöhne auf ein existenzsicherndes Niveau* angehoben werden ... 12,73 Euro 61,4% Luxemburg Frankreich Deutschland Niederlande 10,34 Euro 61,0% Portugal 6.8 10,25 Euro Frankreich Rumänien 56,5% 10,20 Euro Luxemburg 54,5% Irland 9,85 Euro Polen Belgien 51,5% EU Deutschland 9.50 Euro Spanien 25,3 5,76 Euro Deutschland 48,2% Spanien Millionen 4,01 Euro Niederlande Portugal 47,2% 3,64 Euro Belgien Polen 46.6% Irland Rumänien 2,84 Euro 42.1%